



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
49. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 18.05.2021	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	19:05 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Peter Petereit - SPD Fraktionsvorsitzender		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Oliver Prieur - CDU Fraktionsvorsitzender		
Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Birte Duggen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Thorsten Fürter - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Sabine Haltern - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
David Jenniches - AfD Fraktionsvorsitzender		
Ulrich Krause - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Thomas-Markus Leber - FDP Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		bis 16:33 Uhr / TOP 1 als Vertretung für AM Rathcke
Dr. Marek Lengen - SPD		
Sascha Luetkens - DIE LINKE Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Thomas Rathcke - FDP Fraktionsvorsitzender		ab 16:33 Uhr / TOP 1
Peter Reinhardt - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Bernhard Simon - CDU		
Detlev Stolzenberg - Die Unabhängigen Fraktionsvorsitzender		
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Lothar Möller - BfL		
Beiratsmitglieder		
Götz Gebert - Seniorenbeirat		öffentl. Teil bis TOP 10 / 18:53 Uhr
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		

Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	bis TOP 10 / 18:53 Uhr
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsin - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Tim Klüssendorf - 1.000 Bürgermeister Persönlicher Ref.	
Tatjana Voskuhl - 1.300 Recht	
Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	öffentl. Teil bis TOP 10 / 18:53 Uhr
Beate Herrmann - 2.502 - Personalrat SIE	öffentl. Teil bis TOP 10 / 18:53 Uhr
Manfred Uhlig - 1.201 - Haushalt und Steuerung	öffentl. Teil bis TOP 10 / 18:53 Uhr
Aiko Wagner - FBC FB 4	öffentl. Teil bis TOP 10 / 18:53 Uhr
Protokollführung	
Nadine Markmann - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Sonstige Personen	
VertreterInnen der Presse -	öffentl. Teil bis TOP 10 / 18:53 Uhr
Zuhörerinnen und Zuhörer -	öffentl. Teil bis TOP 10 / 18:53 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.05.2021	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Aktuelle Lage Coronavirus (Bgm)	
3.2	Anfrage des Ausschusmitglieds Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): "Partizipation bei der Digitalen Strategie"	VO/2020/08691
3.2.1	Antwort zur Anfrage des Ausschusmitglieds Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): "Partizipation bei der Digitalen Strategie"	VO/2020/08691-01
3.3	Anfrage des AM Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Verkauf Gebäudeensemble Mengstraße / Gerade Querstraße / Alfstraße	VO/2021/09892
3.4	Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Corona-Kontaktnachverfolgung durch das Gesundheitsamt Lübeck	VO/2021/09927
3.4.1	Antwort auf Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Corona-Kontaktnachverfolgung durch das Gesundheitsamt Lübeck	VO/2021/09927-01
3.5	Anfrage des AM Anka Grädner (BÜNDNIS 90 / DSIE GRÜNEN) ergänzend zur Beantwortung des Bürgermeisters 2021/09670-01-01 zur Anfrage VO/2021/09670 - Daten zu an oder mit Corona Verstorbenen in Lübeck	1/09670-01-01-01
3.5.1	Antwort zur Anfrage des AM Anka Grädner (Bündnis 90 / Die Grünen), VO/2021/09670-01-01-01: Daten zu an oder mit Corona Verstorbenen in Lübeck	1/09670-01-01-02
3.6	Anfrage der AM Dr. Axel Flasbarth und Birte Duggen (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Gemeinnützige SeniorInnenEinrichtungen	VO/2020/08948
3.6.1	Antwort auf Anfrage der AM Dr. Axel Flasbarth und Birte Duggen (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Gemeinnützige SeniorInnenEinrichtungen	VO/2020/08948-01
4	Berichte	

4.1	Tätigkeitsbericht des Frauenbüros 2019-2020	VO/2021/09870
4.2	Trauungen live im Internet übertragen	VO/2021/09675-01
4.3	Bildungsbericht hier: Schulstatistik der berufsbildenden Schulen der Hansestadt Lübeck 2020/2021	VO/2021/09723
4.4	Pädagogische Schul-IT - Jahresbericht 2020	VO/2021/09986
4.5	Zwischenbericht Raumplanung inklusive Planungsstand Verwaltungsneubau	VO/2021/09736
4.6	Wohnraum für Studierende, Auszubildende und Flüchtlinge	VO/2021/09958
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Feststellung des Jahresabschlusses 2018 der Hansestadt Lübeck	VO/2021/09885
5.2	Stiftung Lübecker Altstadt: Feststellung des Jahresabschlusses 2019	VO/2021/09894
5.3	Stiftung St.-Johannis-Jungfrauenkloster (JJK): Feststellung der Jahresabschlüsse 2013 und 2014	VO/2021/09895
5.4	Stiftung Haus der Jugend (HdJ): Feststellung des Jahresabschlusses 2019	VO/2021/09906
5.5	Stiftung Kriegsoferdank (KOD): Feststellung der Jahresabschlüsse 2014 - 2016	VO/2021/09910
5.6	Kulturstiftung der Hansestadt Lübeck: Feststellung der Jahresabschlüsse 2012-2015	VO/2021/09917
5.7	Bestellung eines Rechnungsprüfers	VO/2021/09990
5.8	Verkauf eines mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstückes Lübeck, Jägersteig	VO/2021/09717
5.9	Gutachten zur Bemessung des Personalbedarfs der Integrierten Leitstelle der Feuerwehr Lübeck	VO/2020/09608
5.10	Projektfreigabe zur Umsetzung der Modernisierung und Neuausstattung von zwei naturwissenschaftlichen Unterrichtsräumen im Johanneum über 175.000 Euro	VO/2021/09873
5.11	Kulturentwicklungsleitlinien	VO/2020/09394
5.12	Standardisierung und Zentralisierung der Beschaffung von pädagogischer Schul-IT	VO/2021/09984
5.13	Projektfreigabe Investitionsprogramm zum Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern über 175.000,00 Euro und Freigabe zur Ausschreibung der geplanten Ganztagsmaßnahmen	

5.14	Umsetzung der im Tarifgutachten zu den ÖPNV-Tarifen und Tarifstrukturen empfohlenen Maßnahmen	VO/2020/09616
5.14.1	Beirat für Senior:innen: Antrag zu: Umsetzung der im Tarifgutachten zu den ÖPNV-Tarifen und Tarifstrukturen empfohlenen Maßnahmen	VO/2020/09616-06
5.14.2	Änderungs- und Ergänzungsantrag von AM Bernhard Simon (CDU) und AM Sabine Haltern (SPD) zu: Umsetzung der im Tarifgutachten zu den ÖPNV-Tarifen und Tarifstrukturen empfohlenen Maßnahmen	VO/2020/09616-08
5.15	Umsetzung der im Gutachten zur nachhaltigen Ausweitung des ÖPNV empfohlenen Maßnahmen	VO/2020/09617
5.15.1	Änderungsantrag von AM Bernahrd Simon (CDU) und Sabine Haltern (SPD) zu: Umsetzung der im Gutachten zur nachhaltigen Ausweitung des ÖPNV empfohlenen Maßnahmen	VO/2020/09617-03
5.16	129. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Teilbereich St. Lorenz-Brücke / ehemaliger Güterbahnhof - abschließender Beschluss Bebauungsplan 03.50.00 - St. Lorenz-Brücke / ehemaliger Güterbahnhof - Satzungsbeschluss	VO/2021/10025
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Antrag des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Skateranlage an der Kanalstraße sofort öffnen	VO/2021/10017
7.1.1	Änderungsantrag von AM Oliver Prieur (CDU) zu: Antrag des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Skateranlage an der Kanalstraße sofort öffnen	VO/2021/10017-01
7.2	Dringlichkeitsantrag AM Sascha Luetkens: Einladung Aufsichtsrat Sana-Klinik	VO/2021/10127
7.3	Dringlichkeitsantrag des AM Birte Duggen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Corona Test Kapazitäten	VO/2021/10129
8	Gleichstellung	
9	Verschiedenes	
9.1	NEU: mündl. Anfrage von AM Stolzenberg (Die Unabhängigen) betr. die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden an den Fraktionssitzungen	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Be-	

	schlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass für die Dauer der Sitzung von allen Anwesenden eine qualifizierte Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen ist. Für Redebeiträge oder zum Verzehr von Getränken darf diese temporär abgenommen werden.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Beratung zur Vorlage unter TOP 4.5 in der Sitzung des Bauausschusses vertagt worden sei. Der Vorsitzende beantragt entsprechend die Vertagung der Beratung zu TOP 4.5 und lässt über seinen Vertagungsantrag abstimmen.

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Vertagung
des TOP 4.5 zu.***

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

NEU – TOP 5.14.1/ VO 09616-06 Antrag des Seniorenbeirats betr. Umsetzung
der im Tarifgutachten zu den ÖPNV-Tarifen und Ta-
rifstrukturen empfohlenen Maßnahmen

NEU – TOP 5.14.2/ VO 9616-08 Änderungs- und Ergänzungsantrag von AM Bernhard Si-
mon und AM Sabine Haltern betr. Umsetzung der im Tarifgutachten zu den ÖPNV-Tarifen
und Tarifstrukturen empfohlenen Maßnahmen

NEU – TOP 5.15.1/ VO 9617-03 Änderungsantrag von AM Bernhard
Simon und AM Sabine Haltern betr. Umsetzung der im
Gutachten zur nachhaltigen Ausweitung des ÖPNV
empfohlenen Maßnahmen

NEU – TOP 7.2/VO 10127 Dringlichkeitsantrag AM Sascha Luetkens betr. Einladung AR
Sana-Klinik

AM Luetkens teilt mit, dass er den Dringlichkeitsantrag entsprechend dem Wortlaut des für die kommende Sitzung der Bürgerschaft gestellten Antrages wie folgt geändert stellt: „Der Bürgermeister wird beauftragt mit dem Aufsichtsrat der Sana-Klinik Lübeck Gespräche zu führen, die das Ziel haben, die geplanten Entlassungen zu verhindern.“

Der Vorsitzende lässt über die Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit um TOP 7.2 in geänderter Fassung abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Erweiterung der Tagesordnung unter Bejahung der Dringlichkeit zu.

NEU – TOP 7.3/VO 10129 Dringlichkeitsantrag AM Birte Duggen betr. Corona Test Kapazitäten

AM Duggen gibt eine Begründung der Dringlichkeit.

Der Vorsitzende lässt über die Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit um TOP 7.3 abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit (14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme) der Erweiterung der Tagesordnung unter Bejahung der Dringlichkeit zu.

Der Vorsitzende teilt mit, dass gem. § 39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist.

Der Bürgermeister hat um die Teilnahme von
- Herrn Groth, Bereichsleitung Bürgermeisterkanzlei
- Herrn Klüssendorf, Persönlicher Referent
gebeten.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Teilnahme von Herrn Groth und Herrn Klüssendorf am nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu.

Auf Nachfrage von AM Prieur teilt der Vorsitzende mit, dass eine Beratung des Tätigkeitsberichtes des Frauenbüros unter dem TOP 4 anstatt unter TOP 8 erfolge, da Frau Sasse um eine möglichst frühe Beratung der Angelegenheit gebeten habe.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit (14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme) der nichtöffentlichen Beratung des TOP 12.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit (14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme) der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.2 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit (14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme) der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.3 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit (14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme) der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.4 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit (14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme) der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.5 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit (14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme) der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.6 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit (14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme) der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.7 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit (14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme) der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.8 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit (14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme) der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.9 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.10 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.11 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.12 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.13 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der erweiterten Tagesordnung zu.

zu 2	Genehmigung der Niederschrift
-------------	--------------------------------------

zu 2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.05.2021
---------------	---

Die Niederschrift liegt nicht zur Sitzung vor.

Der Hauptausschuss stellt die Genehmigung der Niederschrift zurück..

zu 3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
-------------	--

zu 3.1 Aktuelle Lage Coronavirus (Bgm)

Herr Bürgermeister Lindenau gibt einen Überblick über die aktuelle Lage Corona und teilt hierzu folgendes mit:

Der 7-Tage-Inzidenzwert liege gegenwärtig bei 38,3. Das heutige Infektionsgeschehen lasse auf eine leichte Steigerung des Wertes am morgigen Tag schließen.

Sofern der 7-Tage-Inzidenzwert bis einschließlich Mittwoch weiterhin unter einem Wert von 50 liege, werde am Donnerstag eine neue Allgemeinverfügung mit Regelungen für einen Inzidenzwert unter 50 mit Gültigkeit ab Freitag erlassen. Über Schulöffnungen habe das Land zu entscheiden.

Das Kino, sowie Theater habe geöffnet. Ab Juni folgen Open-Air-Veranstaltungen auf der Freilichtbühne. Es bestehe die Aussicht, dass eine Verlängerung der Öffnung über den 15.06. als bisherigen Zeitraum des Modellprojektes hinaus möglich erscheine.

Jede Woche erfolge die Öffnung neuer Testzentren. Die Zuständigkeit für die Öffnung der Testzentren liege beim Land. Die Stadt sei mit dem Ziel einer zügigen Umsetzung unterstützend tätig.

Die in der vergangenen Sitzung des Hauptausschusses genehmigten Informationstower seien zwischenzeitlich in Travemünde aufgebaut worden.

Im Rahmen der Öffnungsstrategie für den Tourismus sei darüber hinaus vorgesehen, den Stadtverkehr mit einem kostenlosen Fährverkehr für Fußgänger an der Nordermole an den letzten beiden Wochenenden im Juni, sowie den Wochenenden im Juli und August zu beauftragen.

Der Bund habe erneut die Lieferung von kostenlosen Schutzmasken angekündigt. Erwartet werde ein Volumen von circa 900.000 Masken, welche entsprechend verteilt werden.

Die Kontaktnachverfolgung durch das Gesundheitsamt verlaufe reibungslos.

Auf Nachfrage von AM Fürter teilt Herr Bürgermeister Lindenau weiterhin mit, dass eine Veröffentlichung des Monitorings zu den Virusvarianten täglich erfolge. Bisher gebe es in Lübeck noch keine Bestätigung der indischen Variante.

Weiterhin teilt Herr Bürgermeister Lindenau auf Nachfrage von AM Duggen mit, dass Hausbesuche durch das Gesundheitsamt erfolgen, sofern Anzeichen vorliegen, dass eine Einhaltung der Quarantäneauflagen nicht erfolge.

Auf Nachfrage von AM Prieur teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass die beschlossenen Betriebszeiten der Fähre an der Nordermole von der vorgesehenen kostenlosen Nutzung an Wochenenden in den Monaten Juni bis August unberührt bleiben.

AM Simon verliest eine E-Mail, in welcher von Erlebnissen anlässlich eines Termins zur Zweitimpfung in der MUK berichtet wird und bittet in diesem Zusammenhang um Erörterung, wie eine Verbesserung des Informationsflusses hinsichtlich der Öffnungszeiten des Impfzentrums erfolgen könne.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass die Koordinierung der Terminvergabe durch das Land und der Einsatz des ärztlichen Personals durch die Kassenärztliche Vereinigung erfolge. Eine Optimierung des Informationsflusses müsse dementsprechend zwischen dem Land und der Kassenärztlichen Vereinigung erfolgen.

Es sprechen AM Simon, der Vorsitzende und Herr Bürgermeister Lindenau.

	einstimmige Annahme	
--	---------------------	--

Abstimmungsergebnis	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.2 Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): "Partizipation bei der Digitalen Strategie"
Vorlage: VO/2020/08691

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.2.1 Antwort zur Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): "Partizipation bei der Digitalen Strategie"
Vorlage: VO/2020/08691-01

Es sprechen AM Fürter, Herr Bürgermeister Lindenau, erneut AM Fürter und erneut Herr Bürgermeister Lindenau.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.3 Anfrage des AM Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Verkauf Gebäudeensemble Mengstraße / Gerade Querstraße / Alfstraße
Vorlage: VO/2021/09892

- die Antwort auf diese Anfrage liegt im nichtöffentlichen Teil der Sitzung unter TOP 12.1 vor –

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.4 Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Corona-Kontaktnachverfolgung durch das Gesundheitsamt Lübeck
Vorlage: VO/2021/09927**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.4.1 Antwort auf Anfrage des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN):
Corona-Kontaktnachverfolgung durch das Gesundheitsamt Lübeck
Vorlage: VO/2021/09927-01**

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.5 Anfrage des AM Anka Grädner (BÜNDNIS 90 / DSIE GRÜNEN) ergänzend zur
Beantwortung des Bürgermeisters 2021/09670-01-01 zur Anfrage**

VO/2021/09670 - Daten zu an oder mit Corona Verstorbenen in Lübeck
Vorlage: 1/09670-01-01-01

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.5.1 Antwort zur Anfrage des AM Anka Grädner (Bündnis 90 / Die Grünen),
 VO/2021/09670-01-01-01: Daten zu an oder mit Corona Verstorbenen in Lübeck
 Vorlage: 1/09670-01-01-02**

Auf Nachfrage von AM Fürter betreffend die Gründe dafür, dass eine Aufschlüsselung nach Wohnsituationen bei den Verstorbenen mit vorheriger Hospitalisierung nicht möglich sei, teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass die Stadt aus Datenschutzgründen keinen Zugriff auf die entsprechenden Daten habe.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.6 Anfrage der AM Dr. Axel Flasbarth und Birte Duggen (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Gemeinnützige SeniorInnenEinrichtungen
 Vorlage: VO/2020/08948**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.6.1 Antwort auf Anfrage der AM Dr. Axel Flasbarth und Birte Duggen (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Gemeinnützige SeniorInnenEinrichtungen
Vorlage: VO/2020/08948-01**

Das stellv. AM Dr. Flasbarth teilt auf eine direkte Nachfrage von Herrn Gebert mit, dass eine Privatisierung der städtischen SeniorInnenEinrichtungen nicht durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angestrebt werde.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Tätigkeitsbericht des Frauenbüros 2019-2020
Vorlage: VO/2021/09870**

Es spricht Frau Sasse.

Auf Nachfrage von AM Haltern führt Frau Sasse erläuternd aus, dass laut Geschäftsordnung die Prüfung von Stadtplanungsvorhaben und Bebauungsplänen zu den Aufgaben des Frauenbüros gehören, dies jedoch derzeit aus Kapazitätsgrenzen nicht leistbar und daher im Arbeitsspeicher vermerkt sei.

Weiterhin teilt Frau Sasse auf Nachfrage bezüglich der verwendeten Zahlen zum Gendermonitoring, dass nicht für jedes Jahr aktuelle Zahlen vorliegen. Die Zahlen aus dem Jahr 2014 seien die letzten, welche vorliegen.

Es sprechen AM Akyurt und Frau Sasse.

Auf Nachfrage von AM Jenniches betreffend des Handlungsbedarfes hinsichtlich des im Arbeitsspeicher genannten Projektes „Entwicklung eines Sicherheitskonzeptes für die Verwaltung“ führt Frau Sasse erläuternd aus, dass es sinnvoll sei, ein gesamtstädtisches Sicherheitskonzept für alle Beschäftigten zu entwickeln. Frau Sasse sei zu dieser Thematik mit dem Gesamtpersonalrat im Gespräch.

Herr Lindenau führt ergänzend aus, dass Sicherheitsabstimmungen vorgenommen werden und vor dem Hinetrgrund der Sicherheitslage zusätzliches Sicherheitspersonal an entsprechenden Standorten bereitgestellt werde. Darüber hinaus sei das Alarmsystem Gispo angeschafft worden, welches derzeit installiert werde.

Aufgrund der veränderten Sicherheitslage durch die Coronapandemie sei das Sicherheitspersonal deutlich verstärkt worden.

AM Jenniches bittet um genauere Ausführungen zu der genannten veränderten Sicherheitslage. Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass eine deutlich geänderte Drohlage gegenüber den Mitarbeitenden vorliege. Unter anderem seien die Ordnungskräfte bei der Durchführung der Kontrollen von zunehmenden Problemen hinsichtlich der Akzeptanz betroffen.

Es sprechen AM Rathcke, Frau Sasse und der Vorsitzende.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.2 Trauungen live im Internet übertragen
Vorlage: VO/2021/09675-01

Es sprechen – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen – AM Rathcke, Herr Senator Hinsen und Herr Bürgermeister Lindenau.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.3 Bildungsbericht hier: Schulstatistik der berufsbildenden Schulen der Hansestadt Lübeck 2020/2021
Vorlage: VO/2021/09723

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.4 Pädagogische Schul-IT - Jahresbericht 2020
Vorlage: VO/2021/09986**

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.5 Zwischenbericht Raumplanung inklusive Planungsstand Verwaltungsneubau
Vorlage: VO/2021/09736**

- *die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt –*

**zu 4.6 Wohnraum für Studierende, Auszubildende und Flüchtlinge
Vorlage: VO/2021/09958**

AM Luetkens bittet um Mitteilung, aus welcher Abteilung die Einschätzung stamme, dass junge Geflüchtete lediglich an langfristigen Wohnverhältnissen interessiert seien. Frau Senatorin Hagen teilt hierzu mit, dass der Bericht in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bereichen erarbeitet worden sei. Der Bereich Soziale Sicherung habe hierzu seine fachliche Einschätzung eingebracht. Es spricht hierzu ergänzend Frau Senatorin Frank und Herr Senator Schindler.

Es sprechen AM Stolzenberg und Frau Senatorin Hagen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

- ***es folgt eine Sitzungspause von 17:32 Uhr bis 17:42 Uhr –
(AM Duggen und AM Stolzenberg haben den Sitzungsraum bei Fortführung der Sitzung noch nicht wieder betreten)***

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2018 der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2021/09885**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

- 1) Der Jahresabschluss 2018 mit einem Jahresüberschuss von 97.719.036,38 € bei einer Bilanzsumme von 1.543.537,23 € wird nach § 92 Abs. 3 GO S-H festgestellt.
- 2) Der beigefügte Prüfbericht des RPA, der im Prüfungsausschuss am 10.03.2021 abschließend beraten wurde (VO/2021/09779), wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 5.2 Stiftung Lübecker Altstadt: Feststellung des Jahresabschlusses 2019
Vorlage: VO/2021/09894**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

- 1) Der Jahresabschluss 2019 mit einem Jahresergebnis von -713,62 € wird gem. § 92 Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H zur Kenntnis genommen.
- 2) Dieser Jahresfehlbetrag wird auf das Wirtschaftsjahr 2020 vorgetragen.
- 3) Die aus den Jahren 2017 und 2018 bereits vorgetragenen Jahresfehlbeträge von zusammen 942,82 € konnten in 2019 nicht ausgeglichen werden und werden daher auch auf das Wirtschaftsjahr 2020 vorgetragen.
- 4) Der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes (VO/2020/09513), der im Prüfungsausschuss am 10.03.2021 abschließend beraten wurde wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.3 Stiftung St.-Johannis-Jungfrauenkloster (JJK): Feststellung der Jahresabschlüsse 2013 und 2014
Vorlage: VO/2021/09895**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

- 1) Der Jahresabschluss 2013 mit einem Jahresergebnis von 0,00 € wird gem. § 92 Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H zur Kenntnis genommen.
- 2) Das tatsächlich erwirtschaftete Ergebnis von -69.172,05 € wird durch die Stiftung Heiligen-Geist-Hospital HGH (nach dazu noch ausstehender Beschlussfassung durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck zum Jahresabschluss 2013 der Stiftung HGH), ausgeglichen.
- 3) Der Jahresabschluss 2014 mit einem Jahresergebnis von 0,00 € wird gem. § 92 Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H zur Kenntnis genommen.
- 4) Das tatsächlich erwirtschaftete Ergebnis von -6.450,43 € wird durch die Stiftung Heiligen-Geist-Hospital HGH (nach dazu noch ausstehender Beschlussfassung durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck zum Jahresabschluss 2014 der Stiftung HGH), ausgeglichen.
- 5) Der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes (VO/2021/09782), der im Prüfungsausschuss am 10.03.2021 abschließend beraten wurde wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.4 Stiftung Haus der Jugend (HdJ): Feststellung des Jahresabschlusses 2019
Vorlage: VO/2021/09906

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

- 1) Der Jahresabschluss 2019 mit einem Jahresfehlbetrag von -1.527,82 € wird gem. § 92 Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H zur Kenntnis genommen.
- 2) Dieser Jahresfehlbetrag wird in 2020 mit der Ergebnisrücklage verrechnet.
- 3) Der beigefügte Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der im Rechnungsprüfungsausschuss am 10.03.2021 abschließend beraten wurde (VO/2021/09783) wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.5 Stiftung Kriegsoferdank (KOD): Feststellung der Jahresabschlüsse 2014 - 2016
Vorlage: VO/2021/09910

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

- 1a) Der Jahresabschluss 2014 mit einem Jahresüberschuss von 356.122,60 € wird gem. § 92 Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H festgestellt.
- 1b) Dieser Jahresüberschuss wird anteilig der Freien und der Zweck-Rücklage sowie dem Stiftungskapital zugeführt.
- 2a) Der Jahresabschluss 2015 mit einem Jahresüberschuss von 36.748,51 € wird gem. § 92 Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H festgestellt.
- 2b) Dieser Jahresüberschuss wird anteilig der Freien und der Zweck-Rücklage zugeführt.
- 3a) Der Jahresabschluss 2016 mit einem Jahresüberschuss von 87.571,66 € wird gem.

§ 92 Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H festgestellt.

3b) Dieser Jahresüberschuss wird anteilig der Freien und der Zweck-Rücklage zugeführt.

4) Der beigefügte Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes (nebst Stellungnahme), der im Rechnungsprüfungsausschuss (VO/2020/09512) am 10.03.2021 abschließend beraten wurde, wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.6 Kulturstiftung der Hansestadt Lübeck: Feststellung der Jahresabschlüsse 2012-2015
Vorlage: VO/2021/09917**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

- 1) Gem. § 92 Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H wird zur Kenntnis genommen:
 - a) Der Jahresabschluss 2012 mit einem Jahresfehlbetrag von -458.957,91 €
 - b) Der Jahresabschluss 2013 mit einem Jahresfehlbetrag von -510.015,24 €
 - c) Der Jahresabschluss 2014 mit einem Jahresfehlbetrag von -570.284,59 €
 - d) Der Jahresabschluss 2015 mit einem Jahresfehlbetrag von -508.210,80 €.
- 2) Die Fehlbeträge sind jeweils durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.
- 3) Die jeweiligen Prüfberichte des Rechnungsprüfungsamtes wurden im Rechnungsprüfungsausschuss abschließend beraten und zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.7 Bestellung eines Rechnungsprüfers
Vorlage: VO/2021/09990

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Herr Matthias Drever wird gem. § 115 Abs. 2 GO zum Rechnungsprüfer bestellt.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.8 Verkauf eines mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstückes Lübeck, Jägersteig
Vorlage: VO/2021/09717

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Das mit einem bis zum 31.12.2025 befristeten Erbbaurecht zugunsten von Frau Imke Rühle-Schacht belastete Grundstück in Lübeck, **Jägersteig 1**, zur Größe von 826 m² ist an die Erbbauberechtigte zu einem Kaufpreis in Höhe von **201.874,40 EUR** zu verkaufen.
2. In dem abzuschließenden Kaufvertrag ist ein Bebauungsverbot für die im Lageplan (Anlage 4) grau dargestellte Grundstücksfläche und eine wertgesicherte Nachzahlungsverpflichtung für den Fall aufzunehmen, dass im hinteren Grundstücksbereich bei ggf. zu einem späteren Zeitpunkt vorliegenden Baurecht, weitere Gebäude realisiert werden sollten.
3. Alle mit dem Abschluss und der Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten einschließlich der Grunderwerbsteuer sind von der Käuferin zu tragen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

AM Duggen und AM Stolzenberg betreten um 17:44 Uhr wieder den Sitzungsraum

**zu 5.9 Gutachten zur Bemessung des Personalbedarfs der Integrierten Leitstelle der Feuerwehr Lübeck
Vorlage: VO/2020/09608**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Das Gutachten „Organisationsberatung zur Bemessung des Personalbedarfs der Integrierten Leitstelle Lübeck“ der Luelf & Rinke Sicherheitsberatung GmbH vom 21.07.2020 (Anlage 2) wird zur Kenntnis genommen.
2. Auf Grundlage der empfohlenen Sollbesetzung der Integrierten Leitstelle Lübeck (ILS) sind die nachfolgenden Planstellenneuschaffungen ins nächst erreichbare Stellenplanverfahren einzubringen:
1 Planstelle für Schichtführung, 3 Planstellen für Disposition, 1 Planstelle für Qualitätsmanagement, 1 Planstelle für Aus- und Fortbildung (Ausbilder:in), 2 Planstellen für Weiterqualifizierung von Leitstellendisponent:innen (Auszubildende).

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 5.10 Projektfreigabe zur Umsetzung der Modernisierung und Neuausstattung von zwei naturwissenschaftlichen Unterrichtsräumen im Johanneum über 175.000 Euro
Vorlage: VO/2021/09873**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die Freigabe des Projektes zur Umsetzung der Modernisierung und Neuausstattung der zwei naturwissenschaftlichen Fachräume im Johanneum wird erteilt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 5.11 Kulturentwicklungsleitlinien

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass in der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege folgender Antrag mehrheitlich angenommen wurde:

1. Die Bürgerschaft nimmt den vorliegenden Bericht „Kulturentwicklungslinien“ als Zwischenbericht zur Kenntnis.

2. Eine Arbeitsgruppe, unter der Federführung und Verantwortung der Senatorin für Kultur und Bildung, formuliert auf Vorschlag der Verwaltung den konkreten Arbeitsauftrag für die Kulturentwicklungsplanung und begleitet den Prozess bis zur Vorlage in der Bürgerschaft.

Erfahrungen aus anderen Kommunen sollen mit einbezogen werden. Die auf Seite 33 des vorliegenden Zwischenberichts formulierten Themenschwerpunkte („gemeinsame Identität als Kulturstadt, kulturelle Teilhabe sichern und aktivieren, (Frei)Räume schaffen, Vernetzung stärken und aktivieren, Kultur finanzieren und Kultur sichtbar machen) sind bei der Bearbeitung zu berücksichtigen.

3. Im Prozess der Kulturentwicklungsplanung sind breite Beteiligungsmöglichkeiten für Kulturschaffende, Kulturinstitutionen und Nutzer:innen in geeigneter Form herzustellen.

4. Alle Bürgerschaftsfraktionen und die BFL können je ein Mitglied in die Arbeitsgruppe entsenden. Zusätzliche fachkundige Mitglieder können auf Vorschlag hinzugezogen werden.

5. Dem Ausschuss für Kultur- und Denkmalpflege ist regelmäßig über den Fortgang des Planungsprozesses zu berichten.

Es spricht AM Stolzenberg.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage in der geänderten Fassung des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege abstimmen.

Beschluss:

~~1. Die Bürgerschaft beschließt die Leitlinien zur Kulturentwicklung (Seite 32 — 34) als Handlungs- und Entscheidungsgrundlage für die kulturelle Entwicklung in der Hansestadt Lübeck.~~

~~2. Der Bürgermeister wird beauftragt, ein Konzept für die dreijährige Testphase „Zukunftslabor Kulturtreibhaus“ mit den in diesem Bericht genannten Aufgaben und Zuständigkeiten (Seite 36 — 40) zu erarbeiten und Drittmittel für die Umsetzung einzuwerben.~~

1. Die Bürgerschaft nimmt den vorliegenden Bericht „Kulturentwicklungslinien“ als Zwischenbericht zur Kenntnis.

2. Eine Arbeitsgruppe, unter der Federführung und Verantwortung der Senatorin für Kultur und Bildung, formuliert auf Vorschlag der Verwaltung den konkreten Arbeitsauftrag für die Kulturentwicklungsplanung und begleitet den Prozess bis zur Vorlage in der Bürgerschaft.

Erfahrungen aus anderen Kommunen sollen mit einbezogen werden. Die auf Seite 33 des vorliegenden Zwischenberichts formulierten Themenschwerpunkte („gemeinsame Identität als Kulturstadt, kulturelle Teilhabe sichern und aktivieren, (Frei)Räume schaffen, Vernetzung stärken und aktivieren, Kultur finanzieren und Kultur sichtbar machen) sind bei der Bearbeitung zu berücksichtigen.

3. Im Prozess der Kulturentwicklungsplanung sind breite Beteiligungsmöglichkeiten für Kulturschaffende, Kulturinstitutionen und Nutzer:innen in geeigneter Form herzustellen.

4. Alle Bürgerschaftsfraktionen und die BFL können je ein Mitglied in die Arbeitsgruppe entsenden. Zusätzliche fachkundige Mitglieder können auf Vorschlag hinzugezogen werden.

5. Dem Ausschuss für Kultur- und Denkmalpflege ist regelmäßig über den Fortgang des Planungsprozesses zu berichten.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft in der Fassung des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.12 Standardisierung und Zentralisierung der Beschaffung von pädagogischer Schul-IT
Vorlage: VO/2021/09984**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft nimmt das als Anlage beigefügte Kompendium für eine lernförderliche IT-Infrastruktur für die Schulen in der Trägerschaft der Hansestadt Lübeck zur Kenntnis.

2. Der Bürgermeister wird in Umsetzung des Kompendiums ermächtigt, die TraveKom im Rahmen des bestehenden Rahmenvertrages mit der zentralen Beschaffung für die standardisierte IT-Infrastruktur an Lübecker allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen zu beauftragen und das Kompendium an die aktuellen Entwicklungen und technischen Gegebenheiten anzupassen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.13 Projektfreigabe Investitionsprogramm zum Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder über 175.000,00 Euro und Freigabe zur Ausschreibung der geplanten Ganztagsmaßnahmen

- die Beratung zu diesem TOP erfolgt im nichtöffentlichen Teil der Sitzung unter TOP 14.13 –

**zu 5.14 Umsetzung der im Tarifgutachten zu den ÖPNV-Tarifen und Tarifstrukturen empfohlenen Maßnahmen
Vorlage: VO/2020/09616**

Auf Nachfrage von AM Fürter, welche Zeitverzögerungen dadurch entstehen, dass Vorschläge des Gutachters durch die zusätzliche Variante B4 nicht unmittelbar umgesetzt werden können, teilt der Vorsitzend mit, dass zur Vermeidung von Verzögerungen eine parallele Abarbeitung der einzelnen Punkte vorgesehen sei.

Im Weiteren bittet AM Fürter um Erläuterung, was in dem Gutachten unter den Ausführungen zum 365-Euro-Ticket mit „Kanibalisierung“ gemeint sei. Frau Senatorin Hagen sagt die Nachreichung einer Antwort hierzu zu.

Herr Gebert ändert den unter TOP 5.14.1 vorliegenden Antrag des Seniorenbeirates wie folgt:
Reduzierung auf die Punkte 1, 2 und 4.

Es diskutieren im weiteren Verlauf – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen - das stellv. AM Dr. Flasbarth, Herr Bürgermeister Lindenau, AM Rathcke, Frau Senatorin Hagen, AM Prieur, AM Simon, AM Fürter und AM Jenniches.

Der Vorsitzende lässt zunächst über den geänderten Antrag unter TOP 5.14.1 abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	10
	Enthaltungen	4
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

Der Vorsitzende lässt sodann über den Antrag unter TOP 5.14.2 abstimmen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	8
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	5
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Antrag mehrheitlich an.

Der Vorsitzende lässt sodann über die Vorlage unter TOP 5.14 abstimmen.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt die Einführung des HVV-Tarifs weiterhin voran zu bringen.

Bis zum Vollzug des Tarifwechsels soll er sich parallel dafür einsetzen, dass der SH-Tarif weiterentwickelt wird. Hierzu sind die folgenden Maßnahmen umzusetzen:

- Pauschalierung von Kindertickets (1,10 Euro unabhängig von der Preisstufe)
- Einführung einer 9-Uhr-Tageskarte zum Preis von 4,90 Euro
- Pauschalierung der Kleingruppenkarte (9,60 Euro unabhängig von der Preisstufe)
- Einführung einer 9-Uhr-Monatskarte (35% Rabatt auf Standard-Zeitkarten)
- Großzügigere Mitnahmeregelungen für Monatskarten und Abonnements (ein Erwachsener kostenlos, Ausweitung auf Montag bis Freitag ab 19:00 Uhr)
- Einführung eines E-Tarif parallel zum konventionellen Tarif
- Neuschneidung der Tarifzonenstruktur auf Basis des Modell B (Kapitel 5.3.2)

Hierzu sind

- a) alle notwendigen Schritte für einen HVV Beitritt durchzuführen.
- b) die Maßnahmen für den SH-Tarif unmittelbar durch den Bürgermeister in den Verbundausschuss der Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH (NAH.SH GmbH) einzubringen.
- c) Die Vertreter:innen der Hansestadt Lübeck werden beauftragt, die vorgeschlagenen Maßnahmen in die Gesellschafterversammlung der NSH Nahverkehr Schleswig-Holstein GmbH zur Umsetzung im SH-Tarif einzubringen.
- d) die Erstellung eines Feingutachtens für die Einführung eines E-Tarifs in Auftrag zu geben. Der Stadtverkehr übernimmt diese Aufgabe. Die entstehenden Kosten trägt die Hansestadt Lübeck.

Die empfohlenen Maßnahmen wurden auf Grund der folgenden Leitgedanken entwickelt. Diese sollen auch für zukünftige Planungen maßgebend sein:

- Für die Weiterentwicklung des ÖPNV in Lübeck wird ein differenziertes Vorgehen mit innovativen Elementen für Preis- und Angebotsmaßnahmen präferiert. Pauschale Preissenkungen und Angebotsausweitungen werden im Hinblick auf eine nachhaltige Stärkung des ÖPNV in Lübeck als nicht zielführend betrachtet.
- Alle Maßnahmen müssen sich am positiven Beitrag zur Erhöhung des Modal Split messen.
- Mit neuen, verstärkt auch digitalen Tarifangeboten und einer großzügigeren Mitnahmeregelung werden Nutzergruppen und Neukund:innen gezielt umworben.
- Die Weiterentwicklung des Tarifs erfolgt aufgrund ökonomischer Vorteile und flexibler Gestaltungsoptionen solange unter dem Dach des Schleswig-Holstein-Tarifs, bis ein Wechsel in den HVV-Tarif vollzogen ist.
- Stoßrichtungen für die nachhaltige Ausweitung des ÖPNV-Angebotes sind Beschleunigung, Flexibilisierung, (Digitale) Vernetzung und nachfrageorientierte punktuelle Angebotsausweitung.
- Für die Umsetzung in den kommenden Jahren werden Maßnahmenbündel inhaltlich und zeitlich aufeinander abgestimmt (Roadmap ÖPNV Lübeck).

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	4
	Kenntnisnahme	

	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Antrag mehrheitlich in geänderter Fassung an.

zu 5.14.1 Beirat für Senior:innen: Antrag zu: Umsetzung der im Tarifgutachten zu den ÖPNV-Tarifen und Tarifstrukturen empfohlenen Maßnahmen
Vorlage: VO/2020/09616-06

- siehe Protokollierung unter TOP 5.14 –

zu 5.14.2 Änderungs- und Ergänzungsantrag von AM Bernhard Simon (CDU) und AM Sabine Haltern (SPD) zu: Umsetzung der im Tarifgutachten zu den ÖPNV-Tarifen und Tarifstrukturen empfohlenen Maßnahmen
Vorlage: VO/2020/09616-08

- siehe Protokollierung unter TOP 5.14 –

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag in der VO/2020/09616 wird wie folgt geändert und ergänzt:

- A. Der erste Satz wird wie folgt geändert: Der Bürgermeister wird beauftragt, bei der Einführung des HVV-Tarifs zunächst den HVV light für Bahn-Pendler voran zu bringen.
- B. Der zweite Absatz (Weiterentwicklung SH-Tarif) wird wie folgt ergänzt bzw. geändert:
 1. Pauschalisierung von Kindertickets (in und zwischen allen Tarifzonen gilt die Preisstufe 1).
 2. Pauschalierung der Kleingruppenkarte (in und zwischen allen Tarifzonen gilt die Preisstufe 1).
 3. Die Tarifänderungen gelten nur im Tarifgebiet 6000 (Lübecker Tarifzonen 6000 - 6007).
 4. Der Bürgermeister wird beauftragt der Lübecker Bürgerschaft bis Ende 2021 alternativer Vorschläge zu unterbreiten für die ersatzweise Aufteilung der Kernzone 6000 in kleinere stadtteilbezogene Tarifzonen mit der Preisstufe 1 und alternativ für die Weiterentwicklung des Kurzstreckentarifs. Ziel ist es die Tarifzone 6000 (Kernzone) zu ersetzen.
- C) Der dritte Absatz (Maßnahmen zur Einführung) wird wie folgt ergänzt:
 - e) Der Bürgermeister wird beauftragt, mit den Umlandgemeinden Gespräche über deren Beteiligung an der Neugestaltung der Tarife zu führen.
- D) Die „Leitgedanken“ werden im 1. Spiegelstrich wie folgt ergänzt: „Hiervon ausgenommen sind Preissenkungen, die sich durch eine Umlagefinanzierung (z. B. Semesterticket und OstseeCard) ergeben können.“

<p>zu 5.15 Umsetzung der im Gutachten zur nachhaltigen Ausweitung des ÖPNV empfohlenen Maßnahmen Vorlage: VO/2020/09617</p>
--

Keine Wortmeldung.

Der Vorsitzende lässt zunächst über den Änderungsantrag unter TOP 5.15.1 abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	8
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	7
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Änderungsantrag einstimmig an.

Der Vorsitzende lässt sodann über die Vorlage unter TOP 5.15 abstimmen.

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt,
 - a. eine Quelle-Ziel-Datenerhebung zu beauftragen, die als fundierte Grundlage für eine nachhaltige Ausweitung des ÖPNV-Angebots auf starken ÖPNV-Achsen im Sinne der Verkehrswende dienen kann;
 - b. über punktuelle Verbesserungen entsprechend der Priorisierung A und B im Gutachten auf den Linien 1, 2, 7 und 9 des Stadtverkehrs Lübeck (SL) die aufgezeigten Angebotslücken schließen zu lassen;
 - c. über punktuelle Verbesserungen entsprechend der Priorisierung C im Gutachten auf der Linie 40 der Lübeck-Travemünder-Verkehrsgesellschaft (LVG) die aufgezeigten Angebotslücken schließen zu lassen sowie das Angebot auf dem Linienast zur Sudetenstraße auf der Linie 2 des Stadtverkehrs Lübeck (SL) zu verbessern;
 - d. Projekte zu unterstützen, die Lösungen für schwächere Linien im ÖPNV-Netz bieten, u. a. bedarfsgesteuert als zusätzliche On-Demand-Verkehre (LÜMO);
 - e. die im vorliegenden Gutachten vorgestellten Empfehlungen zur Busbeschleunigung im Erstellungsprozess zum Verkehrsentwicklungsplan (VEP) zu berücksichtigen;
 - f. ein Konzept für die Umsetzung weiterer Schnellbuslinien erstellen zu lassen;
 - g. die im vorliegenden Gutachten vorgestellten Empfehlungen zur Vernetzung des ÖPNV mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln im Erstellungsprozess zum Verkehrsentwicklungsplan (VEP) zu berücksichtigen;
 - h. entsprechend der Ergebnisse des Gutachtens eine Überprüfung der Höhe der Parkgebühren im öffentlichen Raum durchzuführen.

2. Darüber hinaus werden die Ergebnisse des Gutachtens zum Anlass genommen, kurz- bis mittelfristig im Rahmen der Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV auf einen Strategiewechsel beim ÖPNV weg von nachfrageorientierten hin zu angebotsorientierten und fahrgastgenerierenden Konzepten hinzuarbeiten.

	einstimmige Annahme	
--	---------------------	--

Abstimmungsergebnis in geänderter Fassung als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	10
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	5
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.15.1 Änderungsantrag von AM Bernahrd Simon (CDU) und Sabine Haltern (SPD)
zu: Umsetzung der im Gutachten zur nachhaltigen Ausweitung des ÖPNV
empfohlenen Maßnahmen
Vorlage: VO/2020/09617-03**

- siehe Protokollierung unter TOP 5.15 –

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag in der VO/2020/09617 wird wie folgt geändert:

1. Punkt 1e wird geändert in: Die im vorliegenden Gutachten vorgestellten Empfehlungen zur Busbeschleunigung durch Anpassungen der LSA sind unverzüglich umzusetzen. Darüber hinaus soll die Stadtverwaltung und der Stadtverkehr Lübeck der Lübecker Bürgerschaft bis September 2021 einen Vorschlag unterbreiten, welche weiteren Maßnahmen aus ihrer Sicht kurzfristig umgesetzt werden können (ohne den in Arbeit befindlichen VEP zu widersprechen). Die Arbeiten am VEP sind zu beschleunigen. Erforderlichen Finanzmittel sind in den Haushalten 2022 - 20024 bereitzustellen.“
2. Punkt 1g wird geändert in „die im vorliegenden Gutachten vorgestellten Empfehlungen zur Vernetzung des ÖPNV mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln sind umzusetzen. Hierfür ist dem Bauausschuss unverzüglich ein detaillierter Beschlussvorschlag entgegen zu bringen.“
3. Punkt 1h (Anpassung Parkgebühren) wird gestrichen
4. Punkt 2 wird ersetzt durch folgende Formulierung: Darüber hinaus werden die Ergebnisse des Gutachtens zum Anlass genommen, im Rahmen der Erstellung des VEP auch fahrgastgenerierende Konzepte vorzuschlagen. Diese sind dem Bauausschuss vorzulegen.

**zu 5.16 129. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Teilbereich St. Lorenz-Brücke / ehemaliger Güterbahnhof - abschließender Beschluss
Bebauungsplan 03.50.00 - St. Lorenz-Brücke / ehemaliger Güterbahnhof - Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/2021/10025**

10Es spricht AM Stolzenberg.

Frau Senatorin Hagen verliest folgende im Bauausschuss beschlossenen Begleitbeschlüsse zum B-Plan:

1. Das die Energieversorgung im Geschosswohnungsbau des B-Plan-Gebietes über Fernwärme oder andere CO²-neutrale Versorger zu gewährleisten sei.

Das Im Zusammenhang mit der Neigung der Dächer, eine Dachbegrünung auch für eine Erneuerung der Dächer zum Beispiel bei den Güterhallen gelte.

2., Dem Bürgermeister wird empfohlen, zur Kompensation der gegenüber dem Aufstellungsbeschluss entfallenen Grünflächen im nordöstlichen Teil des B-Plan Gebiets an anderer Stelle in St.-Lorenz-Süd entsprechende Flächen zu gestalten. Hierfür soll die HL für das Gebiet der ehemaligen Gärtnerei Reusch zwischen Moislinger Allee und Dornestraße von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen, mit dem Ziel, dort öffentliches Grün und klimaverträgliches Wohnen zu ermöglichen. Die Kaufentscheidung trifft die Lübecker Bürgerschaft.“

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf der 129. Änderung des Flächennutzungsplanes und zum Entwurf des Bebauungsplanes 03.50.00 – St. Lorenz-Brücke / ehemaliger Güterbahnhof – abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zu den Bauleitplänen noch von Belang sind.
Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.
Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Die 129. Änderung des Flächennutzungsplanes wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) beschlossen.
Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 3) gebilligt.
3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Änderung des Flächennutzungsplanes dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein gemäß § 6 Abs. 1 BauGB zur Genehmigung vorzulegen.
4. Auf Grund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 84 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 03.50.00 – St. Lorenz-Brücke / ehemaliger Güterbahnhof – in der vorliegenden Fassung (Anlage 4) als Satzung beschlossen.
Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 7) gebilligt.
5. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Erteilung der Genehmigung der 129. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 6 Abs. 5 BauGB sowie den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	10
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	4
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 Antrag des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Skateranlage an der Kanalstraße sofort öffnen
Vorlage: VO/2021/10017**

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass er Gespräche mit der Initiative geführt, sowie gestern nochmal Mailaustausch mit dieser gehabt habe. Es sei sich darauf verständigt worden, dass die Skaterbahn geschlossen bleibe, solange die Landesverordnung eine Öffnung nicht zulasse. Die Zwischenzeit werde zur Durchführung von Arbeiten an der Bahn genutzt. Die Initiative habe eingesehen, dass ein Einsatz von pädagogischem Personal nicht erfolgen solle, da dies zu Lasten anderer Einrichtungen gehen würde.

Anstelle dem Einsatz eines Wachschutzes wurde vor dem Hintergrund der entstehenden Kosten die Durchführung von Verbesserungen an der Anlage bevorzugt.

Die Initiative selbst, sowie der Skaterverband haben sich nochmal an den Gesundheitsminister gewandt. Eine Rückmeldung liege seitens der Landesregierung liege jedoch noch nicht vor.

Es sprechen AM Stolzenberg, Herr Bürgermeister Lindenau, AM Fürter und erneut Herr Bürgermeister Lindenau.

AM Stolzenberg zieht den vorliegenden Antrag zurück.

Eine Abstimmung über den unter TOP 7.1.1 vorliegenden Änderungsantrag wird damit entbehrlich.

**zu 7.1.1 Änderungsantrag von AM Oliver Prieur (CDU) zu: Antrag des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Skateranlage an der Kanalstraße sofort öffnen
Vorlage: VO/2021/10017-01**

siehe Protokollierung unter TOP 7.1 -

**zu 7.2 Dringlichkeitsantrag AM Sascha Luetkens: Einladung Aufsichtsrat Sana-Klinik
Vorlage: VO/2021/10127**

AM Luetkens hat den Antrag vor Eintritt in die Tagesordnung wie folgt geändert:
„Der Bürgermeister wird beauftragt mit dem Aufsichtsrat der Sana-Klinik Lübeck Gespräche zu führen, die das Ziel haben, die geplanten Entlassungen zu verhindern.“

Keine weiteren Wortmeldung.

Der Vorsitzende lässt über den geänderten Dringlichkeitsantrag abstimmen.

Beschluss:

~~Das von der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck in den Aufsichtsrat der Sana-Klinik entsandte Aufsichtsratsmitglied wird in den nichtöffentlichen Teil der nächsten Hauptausschusssitzung eingeladen und soll zu dem Thema Entlassungen Bericht erstatten.~~

„Der Bürgermeister wird beauftragt mit dem Aufsichtsrat der Sana-Klinik Lübeck Gespräche zu führen, die das Ziel haben, die geplanten Entlassungen zu verhindern.“

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 7.3 Dringlichkeitsantrag des AM Birte Duggen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Co-
rona Test Kapazitäten
Vorlage: VO/2021/10129**

Es sprechen AM Duggen und Herr Bürgermeister Lindenau.

AM Duggen zieht den vorliegenden Dringlichkeitsantrag zurück.

zu 8 Gleichstellung

zu 9 Verschiedenes

**zu 9.1 NEU: mündl. Anfrage von AM Stolzenberg (Die Unabhängigen) betr. die Teil-
nahme von Verwaltungsmitarbeitenden an den Fraktionssitzungen**

Auf Nachfrage von AM Stolzenberg, ob es richtig sei, dass Anfragen zur Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden an den Fraktionssitzungen über den Bürgermeister erfolgen sollen, führt Herr Bürgermeister Lindenau erläuternd aus, dass laut Gemeindeordnung Anfragen an die Verwaltungsleitung zu richten seien. Dies ist der Bürgermeister. Entsprechende Anfragen seien damit an das zentrale Postfach buergermeister@luebeck.de zu richten. Von dort aus erfolge unverzüglich eine entsprechende weitere Koordination.

Es sprechen AM Stolzenberg, Herr Bürgermeister Lindenau und Frau Senatorin Frank.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:53 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 18:59 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Herr Bürgermeister Lindenau verlässt aufgrund eines anderweitigen Termins die Sitzung. Seine Vertretung übernimmt Herr Hinsen als 2. Stellv. Bürgermeister.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Vorlagen des Bürgermeisters beraten wurden.

Lübeck, den 2. Juni 2021

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Nadine Markmann
Protokollführung